

Veranstaltungsbericht

„Auf die Kommune kommt es an. Präventive und repressive Strategien zur kommunalen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“

12. Juni 2009 in Berlin

Rechtsextremismus in unseren Kommunen – was tun?

Wie geht man mit rechtsextremen Parteien, Initiativen und Akteuren im Dorf, im Landkreis oder in der eigenen Stadt um? Diese Frage wird angesichts der politischen Realitäten in der Bundesrepublik immer brennender.

Ganz konkrete Hilfe mit guten Beispielen liefert das beim Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung erschienene neue „Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“. Es wurde am 12. Juni 2006 der Öffentlichkeit vorgestellt und von ErfahrungsträgerInnen aus Politik, Zivilgesellschaft und Forschung diskutiert.

Der Jenaer Oberbürgermeister Dr. Albrecht Schröter zeigte sich erfreut über die neue Handreichung berichtete von Erfahrungen beim politischen und zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen Rechtsradikale in Jena. Nachdem ein Verwaltungsgericht das Verbot gegen einen Nazi-Aufmarsch für rechtswidrig erklärt hatte, gelang es, die Zivilbevölkerung zu mobilisieren. So wurde z.B. schon Tage vor einer angekündigten rechtsradikalen Kundgebung der Randstreifen des Versammlungsplatzes Tag und Nacht von AktivistInnen besetzt. Das erzeugte so viel positive Aufmerksamkeit unter den BürgerInnen, dass sich am Versammlungstag eine dichte Menschenmenge auf dem Randstreifen rund um den Platz drängte. Die Kundgebung musste abgesagt werden, weil der Zugang zum Platz versperrt war. Dr. Rainer Strobl von der Gesellschaft proVal aus Hannover unterstrich in seinem Vortrag, dass rechtsextreme Meinungen innerhalb einer pluralistischen Demokratie nicht zu verhindern seien. Beim Kampf gegen Rechtsextremismus müsse es gezielt darum gehen, dass rechtsextremes Gedankengut nicht von breiten Teilen der Bevölkerung als normal empfunden würde. In manchen Kommunen Deutschlands sei aber genau das schon passiert. Ziel von Aktionen gegen Rechts müsse immer sein, deutlich aufzuzeigen, dass die NPD trotz demokratischer Legitimation Ihrer Abgeordneten eben keine demokratische Partei ist. Allen muss deutlich sein und bleiben, dass die z.B. Leugnung oder Verharmlosung von Nazi-Verbrechen nicht normal sei, sondern ein Verbrechen.

Im Laufe der gut besuchten Konferenz bestand für alle TeilnehmerInnen reichlich Gelegenheit, gute und schlechte Erfahrungen im Umgang mit Rechtsextremen auf kommunaler Ebene auszutauschen, von den Erfolgen und Pannen anderer im Kampf gegen Rechts zu lernen und sich beraten zu lassen.

Das vorgestellte Handbuch ist als pdf-Datei im Internet abrufbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/do/06431.pdf>. Es kann ebenfalls als Druckausgabe bestellt werden. Ansprechpartnerin ist Constanze Yakar, Forum Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin.